

Magdeburg, 23.07.2008

**Trotz nichtbesetzter Ausbildungsplätze und bestehenden Fachkräftemangels:  
Förderung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt  
wieder kontinuierlich rückläufig**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr,

Anfang Juni hat unsere **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** eine vielbeachtete Grundsatzrede zur Bedeutung der Bildung gehalten. Hierin hat sie u. a. ausgeführt:

„Ich sage es in einem Satz: **Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden.** Das ist es, was unsere Zukunft für die nächsten Jahrzehnte sichert. ... **Bildung für alle - das schafft die Voraussetzung dafür, dass wir genügend Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler haben, um die besten Produkte der Welt entwickeln und verkaufen zu können. Bildung für alle - das schafft Voraussetzungen dafür, dass mehr Menschen Arbeit haben und Spielräume gewinnen, so dass wir ohne neue Schulden eine soziale Absicherung für Alter und Krankheit für jeden ermöglichen können. Dass Lernen und Bildung nicht nur eine Sache der Jugend ist, sondern lebenslanges Lernen zur Normalität wird und Ältere länger jung bleiben.**“

Auch unser **Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler** hat in seiner sog. „Berliner Rede“ vom 17.06.2008 die **arbeitsmarkt-, sozial- und vor allem auch wirtschaftspolitische Bedeutung** der Bildungsvermittlung für alle Bevölkerungsgruppen - unabhängig vom Alter und Einkommen - besonders hervorgehoben.

Wegen des inzwischen immer deutlicher zutage tretenden Problems des in einigen Regionen mittlerweile **branchenübergreifenden Fachkräftemangels** und des nunmehr offensichtlich vorhandenen **starken Überhangs an offenen Lehrstellen** fordert mittlerweile beispielsweise auch schon der Zentralverband des Deutschen Handwerks, dass verstärkt **Jugendliche aus Polen oder Tschechien** nach Deutschland kommen sollen, um diesem dringenden Problemen entgegenzuwirken.

Gleichzeitig aber gibt es in Deutschland noch immer mehr als 2.000.000 Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die häufig Langzeitarbeitslose sind und die teilweise

**VDP**

Verband Deutscher  
Privatschulen  
Sachsen-Anhalt e.V.

Gerhart-Hauptmann-Str. 34  
39108 Magdeburg

t: 0 39 1 / 73 191 60  
f: 0 39 1 / 73 191 61

vdp.lsa@t-online.de  
www.vdp-sachsen-anhalt.de

**Bankverbindung**

Deutsche Kreditbank  
**Konto-Nr.** 107 334 00  
**BLZ** 120 300 00

**Vereinsregister**

Amtsgericht Magdeburg  
VR 16 11

**Steuernummer**

102 / 141 / 01381

schon seit Jahren - und mitunter schon in der 2. Generation - die sozialen Sicherungssysteme enorm belasten.

Insofern ist auch die **Kritik unseres Landwirtschaftsministers Dr. Reiner Haseloff** verständlich, der kürzlich äußerte: „Nach wie vor sind die finanziellen Möglichkeiten der Arbeitsverwaltungen nicht zu 100 Prozent für Langzeitarbeitslose ausgeschöpft. Deshalb sollten diese umgehend jede Möglichkeit nutzen, Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“ (Mitteldeutsche Zeitung vom 02.07.08). Deshalb verwundert es auch nicht, dass sich die Medien immer stärker mit diesem Widerspruch beschäftigen, verwiesen sei beispielsweise auf die **Sendung von Maybrit Illner** vom 17.07.2008 unter dem Motto: „**Gastarbeiter rein - bei drei Millionen Arbeitslosen?**“.

Ich habe diese Einleitung gewählt, um deutlich zu machen, dass diese Entwicklungen, die der VDP Sachsen-Anhalt schon seit Jahren immer wieder vorhergesagt hat, inzwischen auch von hochrangigen Persönlichkeiten gesehen werden, die ganz sicher nicht im Verdacht stehen, Lobbyisten der privaten Bildungsdienstleister zu sein.

Bei verschiedenen Gesprächen mit Vertretern von Arbeitsagenturen in unserem Bundesland weisen diese unabhängig voneinander immer häufiger darauf hin, dass es den Arbeitgebern in Sachsen-Anhalt mittlerweile wesentlich weniger um die Gewährung von Fördergeldern (z. B. Eingliederungszuschüsse) geht, sondern dass die **Gewinnung von gut aus- oder vorgebildeten Fachkräften** eine immer höhere (und teilweise schon existenzielle) Bedeutung vor allem für klein- und mittelständische Unternehmen hat. Dies gilt auch und insbesondere für die neuen Bundesländer, die immer stärker mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung zu kämpfen haben werden. Die Werbung mit einem Pool von gut ausgebildeten Fachkräften gegenüber ansiedlungswilligen Investoren (früher ein Markenzeichen beispielsweise des Landes Sachsen-Anhalt) findet man deshalb auch in den neuen Bundesländern kaum noch. **Ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil ist dabei, in die Bedeutungslosigkeit zu versinken.**

Eine Möglichkeit, diesen langfristig verheerenden volkswirtschaftlichen Entwicklungen effizient entgegenzuwirken und gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme wirkungsvoll auf Dauer zu entlasten, wäre **eine wieder verstärkte Nutzung eines strikt arbeitsmarktorientierten, dem Motto „Fördern und Fordern“ verpflichteten Arbeitsmarktinstruments Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) insbesondere für Langzeitarbeitslose.**

Die Praxis der Arbeitsverwaltung ist (oftmals aber auch aufgrund von politischen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben) jedoch eine andere:

Wie Sie der beigefügten **Anlage 1** entnehmen können, kamen im 1. Quartal des Jahres 2008 **bundesweit knapp 60 Prozent aller Neueintritte in FbW-Maßnahmen** auf das Konto von **Arbeitslosengeld-I-Empfängern**, obwohl im März diesen Jahres über **68 Prozent aller registrierten Arbeitslosen Empfänger des Arbeitslosengeldes II** waren. Gerade aber die Langzeitarbeitslosen haben ohne eine intensive berufliche Weiterbildung kaum noch eine Chance, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder dauerhaft Fuß zu fassen. Je länger diese Arbeitslosigkeit ohne eine zielgerichtete berufliche Anpassungs-, Fortbildungs- oder Umschulungsqualifizierung andauert, desto schwieriger wird die Integration in eine sozialversicherungspflichtige und unsubventionierte Beschäftigung - darüber sind sich wohl alle Experten einig.

Mittlerweile gibt es aber nicht nur einzelne Arbeitsagenturbezirke wie in Sachsen-Anhalt (s. Dessau, Merseburg und Wittenberg - **Anlage 2** -), sondern auch komplette Bundesländer wie Bayern, Hessen oder Thüringen, in denen **selbst mehr Arbeitslosengeld-I-Empfänger in sog. Trainingsmaßnahmen und Eigenschaftsfeststellungen** eingemündet sind - man scheint es also auch immer mehr zu versäumen, Arbeitslose, die den sog. „bildungsfernen“ Schichten zugeordnet werden müssen, an eine berufliche Weiterbildung zumindest heranzuführen, zumal auch das diesbezüglich sehr erfolgreiche Arbeitsmarktprogramm „**Integrationsfortschritte für Betreuungskunden**“ **unverständlicherweise nicht weitergeführt** wurde und dafür das Programm „Kommunalkombi“ als Erweiterung zu **ABM und Arbeitsgelegenheiten** angelaufen ist. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind bundesweit über **163.000 Arbeitslosengeld-II-Empfänger** in die beiden letztgenannten Arbeitsmarktinstrumente eingemündet (die kaum zu anschließenden Vermittlungen auf dem ersten Arbeitsmarkt führen), aber **nur knapp 37.000 Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Weiterbildungsmaßnahmen** (das Verhältnis in Sachsen-Anhalt betrug 9.866 zu 1.263).

**Hinzu kommt, dass in Sachsen-Anhalt das Instrumentarium FbW nach einer längeren Stabilisierungsphase wieder deutlich an Boden verliert:**

Der **Anlage 3** kann entnommen werden, dass **in den letzten fünf Monaten**, für die die offiziellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit vorliegen, die **Neueintrittszahlen in beruflichen Weiterbildungen immer unter den Neueintrittszahlen des jeweiligen Vorjahresmonats** lagen. Folgerichtig ist auch der **Bestand der Weiterbildungsteilnehmer in Sachsen-Anhalt in den letzten fünf Monaten** von 5.196 auf **4.691** zurückgegangen (**Rückgang um knapp 10 Prozent**). Zum Vergleich: Noch im **März 2000** (also vor 8 Jahren) wurde in Sachsen-Anhalt ein Bestand von **31.646** geförderten Weiterbildungsteilnehmern registriert.

Die Bundespolitik hätte es nun in Folge der **geplanten Modifizierungen der Sozialgesetzbücher II und III** in der Hand, diesen teilweise dramatischen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und das Arbeitsmarktinstrument „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ nachdrücklich zu stärken. Nicht wenige Experten sehen dies **nicht nur als dringendes sozial-, sondern vor allem als ein wichtiges wirtschaftspolitisches Erfordernis** an - und zwar unter Einbeziehung sowohl der Arbeitslosengeld-I- wie auch der Arbeitslosengeld-II-Empfänger. **Ein erster Schritt hierzu wäre z. B. ein Programm, das zum Ziel haben sollte, vor allem Langzeitarbeitslose wieder weiterbildungsfähig zu machen.** Zu berücksichtigen ist nämlich, dass es auch praktisch dauerhaft kaum möglich sein wird, z. B. alle offenen Ausbildungsplätze mit Jugendlichen aus den osteuropäischen Staaten zu besetzen, da dort die demographischen Auswirkungen noch drastischer zu spüren sein werden als in Deutschland. Während in Deutschland die durchschnittliche Geburtenrate derzeit bei etwa 1,4 liegt, beträgt diese z.B. in Polen oder Tschechien bereits seit Jahren nur 1,2.

Infolgedessen müsste auch die Bundesagentur für Arbeit ihre Handlungsprogramme flexibilisieren, da ansonsten von vornherein nur ein sehr kleiner (Arbeitslosen-) Kundenkreis tatsächlich die Chance hat, auch einmal einen Weiterbildungsgutschein zu erhalten - und dies möglicherweise auch nicht nur für eine sehr kurzläufige, modulare Weiterbildung.

Nicht umsonst hat deshalb **Frank-Jürgen Weise**, Vorstandsvorsitzender der

Bundesagentur für Arbeit, bei der Präsentation der Arbeitsmarktzahlen des Monats Juni darauf hingewiesen, dass **weitere Rücklagen der BA entweder für mehr arbeitsmarktpolitische Programme oder für Beitragssenkungen genutzt werden könnten.**

Zu letzterer Alternative hat die „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 18.07.08 einen Artikel unter der Überschrift „**Bürger werden kaum entlastet**“ verfasst und vorgerechnet, dass bei einer Senkung der Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 3,0 Prozent die Entlastung für einen Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von monatlich 3.000 € gerade einmal 4,50 € pro Monat beträgt.

Ich bitte Sie deshalb noch einmal sehr nachdrücklich darum, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten intensiv für eine verstärkte Nutzung der beruflichen Weiterbildung für Arbeitslose einzusetzen.

Schon jetzt danke ich Ihnen für Ihr Interesse an diesem umfangreichen Schreiben sowie für Ihre nachfolgenden Bemühungen. Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen gern jederzeit zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

*Jürgen Banse*

Jürgen Banse  
-Geschäftsführer -

– Anlagen 1 bis 3

– Verteiler:

- Bundestagsabgeordnete des Landes Sachsen-Anhalt
- wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Sprecher der im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien

# Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen bundesweit im 1. Quartal 2008

(Neueintritte von Arbeitslosen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente - unterschieden nach SGB II und III -  
in den Monaten Januar bis März 2008 auf Grundlage der Ende Juni 2008 von der BA veröffentlichten endgültigen Zahlen)

Quelle: Statistische Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Agenturbezirk (Arbeitsagen- tur+ Arbeits- gemein- schaften)	Berufliche Weiter- bildung		Trainingsmaßnahmen + Eignungsfeststellung		ABM		Gemeldete Arbeitslose		Prozentuales Verhält- nis dieser Arbeitslosen	
	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	nach SGB II im März 2008	nach SGB III im März 2008	nach SGB II im März 2008	nach SGB III im März 2008
Baden- Württemberg	1.658	5.787	9.784	14.544	136	81	138.373	99.495	58,17 %	41,83 %
Bayern	3.034	9.400	9.022	26.974	465	310	162.531	151.791	51,71 %	48,29 %
Berlin	4.226	2.304	6.166	2.880	2.568	79	201.114	47.129	81,01 %	18,99 %
Brandenburg	1.395	2.131	5.226	5.019	796	59	130.574	62.920	67,48 %	32,52 %
Bremen	850	227	1.128	931	179	25	32.036	6.787	82,52 %	17,48 %
Hamburg	1.695	1.316	2.199	1.684	0	0	56.450	18.298	75,52 %	24,48 %
Hessen	436	2.207	4.487	9.936	56	43	149.327	65.933	69,37 %	30,63 %
Mecklenburg -Vorpommern	4.042	2.830	6.221	3.757	695	54	95.287	43.440	68,69 %	31,31 %
Niedersachsen	5.224	5.353	12.033	12.515	622	219	223.909	100.385	69,05 %	30,95 %
Nordrhein- Westfalen	6.731	9.766	18.987	21.386	193	257	581.748	206.486	73,80 %	26,20 %
Rheinland- Pfalz	1.255	2.301	6.635	7.662	19	14	75.523	47.981	61,15 %	38,85 %
Saarland	436	683	1.479	2.106	47	52	28.544	11.158	71,90 %	28,10 %
Sachsen	1.872	2.793	6.435	8.263	1.847	222	203.056	106.678	65,56 %	34,44 %
Sachsen- Anhalt	1.263	1.636	8.110	6.086	1.065	70	136.171	57.812	70,20 %	29,80 %
Schleswig Hol- stein	1.517	1.844	6.547	4.467	37	12	78.622	35.982	68,60 %	31,40 %
Thüringen	1.280	2.564	4.438	5.994	557	41	95.523	56.373	62,89 %	37,11 %
<b>Gesamt</b>	<b>36.914</b>	<b>53.142</b>	<b>108.897</b>	<b>134.204</b>	<b>9.282</b>	<b>1.538</b>	<b>2.388.788</b>	<b>1.118.648</b>	<b>68,11 %</b>	<b>31,89 %</b>

Anmerkung: Für die Betreuung der Arbeitslosen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld-I-Empfänger) sind die Agenturen für Arbeit und nach dem SGB II (Arbeitslosengeld-II-Empfänger) die Arbeitsgemeinschaften bzw. Optionslandkreise zuständig.

## Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen in Sachsen-Anhalt im 1. Quartal 2008

(Neueintritte von Arbeitslosen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente - unterschieden nach SGB II und III - in den Monaten Januar bis März 2008 auf Grundlage der Ende Juni 2008 von der BA veröffentlichten endgültigen Zahlen)

Quelle: Statistische Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Agenturbezirk (Arbeitsagentur+ Arbeitsgemein- schaften)	Berufliche Weiter- bildung		Trainingsmaßnahmen + Eignungsfeststellung		ABM		Gemeldete Arbeitslose		Prozentuales Ver- hältnis dieser Arbeitslosen	
	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	Neueintritte nach SGB II	Neueintritte nach SGB III	nach SGB II im März 2008	nach SGB III im März 2008	nach SGB II im März 2008	nach SGB III im März 2008
Dessau	84	134	538	548	84	0	14.997	6.221	70,68 %	29,32 %
Halberstadt	207	201	919	603	51	0	12.890	5.939	68,46 %	31,54 %
Halle	252	193	1.766	674	258	0	22.911	7.999	74,12 %	25,88 %
Magdeburg	222	315	2.469	1.774	52	0	28.705	12.006	70,51 %	29,49 %
Merseburg	179	280	596	963	107	5	19.528	9.547	67,16 %	32,84 %
Sangerhausen	208	238	831	600	272	4	17.087	7.340	69,95 %	30,05 %
Stendal	62	174	805	719	236	3	14.220	5.685	71,44 %	28,56 %
Wittenberg	49	101	186	205	0	46	5.833	3.075	65,48 %	34,52 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.263</b>	<b>1.636</b>	<b>8.110</b>	<b>6.086</b>	<b>1.060</b>	<b>58</b>	<b>136.171</b>	<b>57.812</b>	<b>70,20 %</b>	<b>29,80 %</b>

Anmerkung: Für die Betreuung der Arbeitslosen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld-I-Empfänger) sind die Agenturen für Arbeit und nach dem dem SGB II (Arbeitslosengeld-II-Empfänger) die Arbeitsgemeinschaften bzw. Optionslandkreise zuständig.

**Graphische Darstellung der Entwicklung der Neueintritte von Arbeitslosengeld - I - und - II - Empfängern in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) in Sachsen-Anhalt**

